

Gesetz

Inkrafttreten:

01.01.2008

vom 13. Dezember 2007

über den Bevölkerungsschutz (BevSG)

Der Grosse Rat des Kantons Freiburg

gestützt auf Artikel 75 sowie die Artikel 36 Abs. 2 und 117 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004;

gestützt auf das Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG);

nach Einsicht in die Botschaft des Staatsrats vom 25. September 2007;

auf Antrag dieser Behörde,

beschliesst:

1. KAPITEL

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

Dieses Gesetz regelt:

- a) den Schutz der Bevölkerung des Kantons vor Katastrophen und in Notlagen;
- b) die Organisation des Einsatzes der Partnerorganisationen bei Grossunfällen und anderen grösseren Schadenfällen.

Art. 2 Begriffe

¹ Katastrophen sind Schadenereignisse grossen Ausmasses, die die Bevölkerung oder deren Existenzgrundlagen gefährden.

² Notlagen sind Situationen, die sich aus Umständen ergeben, die die Bevölkerung oder deren Existenzgrundlagen gefährden oder gefährden können.

³ Grossunfälle und andere grössere Schadenfälle sind Schadenereignisse, die zwar keine Bevölkerungsschutzmassnahmen, aber eine ähnliche Einsatzvorbereitung und Führungsorganisation erfordern, wie sie für Katastrophen vorgesehen sind.

Art. 3 Partnerorganisationen

Folgende Organisationen wirken bei der Erfüllung der Bevölkerungsschutzaufgaben mit (Partnerorganisationen):

- a) die Polizei, die Feuerwehr, die Gesundheitsdienste, die technischen Betriebe und der Zivilschutz (Art. 3 BZG);
- b) die übrigen Dienststellen, Anstalten und Betriebe, denen die eidgenössische und die kantonale Gesetzgebung Schutzaufgaben im Sinne der Artikel 5–9 dieses Gesetzes übertragen.

Art. 4 Wirtschaftliche Landesversorgung

Die Aufgaben des Staates und der Gemeinden bei der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen richten sich nach der Bundesgesetzgebung über die wirtschaftliche Landesversorgung.

2. KAPITEL

Aufgaben des Staates und der Gemeinden

Art. 5 Risikoanalyse

¹ Die Risikoanalyse besteht darin, die Naturgefahren und die technischen und gesellschaftlichen Gefahren, denen die Bevölkerung und ihre Existenzgrundlagen ausgesetzt sind, zu erkennen und die damit verbundenen Risiken zu beurteilen. Sie soll ermöglichen, Präventionsmassnahmen und Massnahmen zur Einsatzvorbereitung zu treffen.

² Der Staat erstellt die Risikoanalyse und führt sie regelmässig nach. Er gibt sie den betroffenen Gemeinden und Organisationen bekannt.

³ Die Gemeinden arbeiten bei der Risikoanalyse mit. Sie können diese Analyse gemäss ihren Bedürfnissen konkretisieren und ergänzen und erhalten dafür von den Organen des Staates alle sachdienlichen Informationen.

Art. 6 Prävention

¹ Die Prävention besteht darin, Massnahmen zu ergreifen, um den Eintritt eines Schadenereignisses zu vermeiden, die Eintrittswahrscheinlichkeit und das Ausmass zu vermindern und die möglichen Schäden zu begrenzen.

² Der Staat bestimmt für jede Gefahr risikogerechte und wirtschaftlich vertretbare Präventionsmassnahmen. Er erlässt die nötigen Normen, koordiniert die Durchführung und stellt die Kontrolle sicher. Er informiert die Bevölkerung auf geeignete Weise über die Risiken und die zu deren Abwendung getroffenen oder zu treffenden Massnahmen.

³ Die Gemeinden erfüllen die Präventionsaufgaben, die ihnen durch die Spezialgesetzgebung übertragen werden, insbesondere die Durchführung der Massnahmen und der Kontrollaufgaben. Sie können ergänzende Massnahmen vorsehen. Sie stellen die Information auf lokaler Ebene sicher.

Art. 7 Vorsorge

¹ Die Vorsorge besteht darin, im Hinblick auf den Einsatz bei Schadenereignissen in den Bereichen Planung, Organisation, Mittel, Ausbildung und Information die nötigen Massnahmen zu treffen.

² Der Staat organisiert die Vorsorge auf Kantonsebene. Er zieht die öffentlichen und privaten Unternehmen, von denen die lebenswichtigen Infrastrukturen und Dienstleistungen abhängen, zur Mitwirkung heran. Er informiert die Bevölkerung und erteilt ihr die nötigen Weisungen.

³ Die Gemeinden organisieren in Zusammenarbeit mit den Organen des Staates die Vorsorge auf lokaler Ebene. Sie informieren die Bevölkerung und erteilen ihr die nötigen Weisungen.

Art. 8 Einsatz

¹ Tritt ein Ereignis ein, so treffen der Staat und die Gemeinden die Massnahmen, die nötig sind, um die Katastrophe oder die Notlage zu bewältigen.

² Der Staat übernimmt die Einsatzführung auf kantonaler Ebene; die Gemeinden übernehmen sie auf lokaler Ebene.

Art. 9 Opferhilfe

¹ Die Gemeinden leisten mit Unterstützung der entsprechenden Partnerorganisationen den Opfern von Katastrophen Nothilfe.

² Diese Hilfe deckt die lebenswichtigen Bedürfnisse der Opfer und umfasst insbesondere Aufnahme, Unterbringung, medizinische Versorgung und Verteilung von Nahrung und Kleidern. Sie ist unter Vorbehalt von Leistungen, die durch eine Versicherung gedeckt sind, kostenlos.

³ Der Staat leistet wenn nötig ergänzende Hilfe. Er regelt ferner die Verteilung der entstandenen Kosten auf die betroffenen Gemeinden.

Art. 10 Opferhilfe

Verursacht ein Schadenereignis grossen Ausmasses Ausgaben, welche die Mittel der betroffenen Gemeinwesen übersteigen, so ruft der Staatsrat den Katastrophenzustand aus und unterbreitet dem Grossen Rat einen Dekretsentwurf, der die Übernahme der Kosten des Einsatzes, der Instandstellung und des Wiederaufbaus regelt.

3. KAPITEL

Organisation

1. Kantonale Organisation

Art. 11 Staatsrat

¹ Der Staatsrat sorgt für den Schutz der Bevölkerung.

² Er übt insbesondere folgende Befugnisse aus:

- a) Er verabschiedet für jede Gefahr einen Plan, der die Schutzziele und die zu treffenden Massnahmen festlegt.
- b) Er genehmigt die Einsatzpläne.
- c) Er ordnet bei einem Ereignis die auf kantonaler Ebene nötigen Massnahmen an.

³ Er regelt auf dem Verordnungsweg:

- a) die Federführung bei der Risikoanalyse und die Koordinierung der Präventionsarbeiten, insbesondere indem er für jede Gefahr die Direktion und die Verwaltungseinheit, die damit betraut sind, bezeichnet;
- b) die Ausbildung und die Übungen der Führungsorgane und der Partnerorganisationen sowie die Übernahme der entsprechenden Kosten;
- c) die Warnung, die Alarmierung und die Information der Bevölkerung.

⁴ Er schliesst die Vereinbarungen ab, die die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und dem Bund regeln.

Art. 12 Kantonales Führungsorgan

a) Aufgaben

¹ Ein kantonales Führungsorgan unter der Aufsicht des Staatsrats leitet die Vorsorge und den Einsatz.

² Im Rahmen der Vorsorge nimmt es insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- a) Es leitet die Planungs-, Organisations- und Ausbildungsarbeiten auf kantonomaler Ebene.

- b) Es kontrolliert die Vorsorge der Partnerorganisationen.
- c) Es stellt die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den anderen Kantonen, den Bundesorganen, der Armee und den betroffenen Dritten sicher.

³ Bei einem Ereignis nimmt es insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- a) Es trifft die Sofortmassnahmen.
- b) Es informiert den Staatsrat, beantragt ihm Massnahmen und führt seine Entscheide aus.
- c) Es leitet den Einsatz.
- d) Es stellt die Information der Bevölkerung sicher.

Art. 13 b) Zusammensetzung

¹ Das kantonale Führungsorgan setzt sich aus den Trägerinnen und Trägern der folgenden Funktionen zusammen:

- a) Chefin oder Chef des für die Angelegenheiten des Bevölkerungsschutzes zuständigen Amtes ¹⁾(das Amt); sie oder er steht dem Führungsorgan vor;
- b) deren oder dessen Adjunktin oder Adjunkt;
- c) Kommandantin oder Kommandant der Kantonspolizei;
- d) kantonale Feuerwehrenspektorin oder kantonaler Feuerwehrenspektor;
- e) Kantonsärztin oder Kantonsarzt;
- f) kantonale Chefin oder kantonaler Chef des Zivilschutzes;
- g) Verantwortliche oder Verantwortlicher des Büros für Information der Staatskanzlei.

² Die Chefin oder der Chef und die Mitglieder des kantonalen Führungsorgans sowie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter bilden sich zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben aus.

³ Die Funktionsträgerinnen und -träger lösen sich mit ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern ab und stellen so eine ständige Bereitschaft sicher.

⁴ Das kantonale Führungsorgan zieht je nach der Natur des Ereignisses die Chefinnen und Chefs sowie die Fachleute der weiteren zuständigen Dienststellen bei.

¹⁾ Heute: Amt für Militär und Bevölkerungsschutz.

Art. 14 c) Organisation und Arbeitsweise
aa) im Allgemeinen

¹ Das kantonale Führungsorgan ist der für die Angelegenheiten des Bevölkerungsschutzes zuständigen Direktion ¹⁾(die Direktion) administrativ zugewiesen. Es unterbreitet ihr zuhanden des Staatsrats alljährlich ein Arbeitsprogramm und einen Tätigkeitsbericht.

² Das kantonale Führungsorgan verfügt für seine Arbeiten über die Dienste des Amtes. Es kann die Dienststellen und Anstalten der Kantonsverwaltung und die Partnerorganisationen zur Mitwirkung heranziehen. Es kann ständige und nicht ständige Arbeitsgruppen einsetzen; es legt deren Zusammensetzung fest und bezeichnet die verantwortliche Person.

³ Das kantonale Führungsorgan regelt seine interne Organisation und seine Arbeitsweise. Fehlt eine Regelung, so gelten die Bestimmungen über die Organisation und die Arbeitsweise der Kommissionen des Staates.

¹⁾ Heute: Sicherheits- und Justizdirektion.

Art. 15 bb) bei einem Ereignis

¹ Das kantonale Führungsorgan wird auf Anordnung seiner Chefin oder seines Chefs aufgeboten.

² Es organisiert sich je nach der Natur, dem Umfang und der Dauer des Ereignisses.

³ Es kann Führungsaufgaben an eines seiner Mitglieder oder ein von ihm bezeichnetes Organ delegieren.

⁴ Es fasst seine Beschlüsse durch Konsens. Kommt keine Einigung zustande, so entscheidet die Chefin oder der Chef.

⁵ Es informiert die betroffenen Gemeinden regelmässig über die Entwicklung der Lage und die getroffenen Anordnungen.

Art. 16 Oberamtmann

¹ Der Oberamtmann ist die Bevölkerungsschutzbehörde im Bezirk.

² Er wird über die von den kantonalen Organen und den Gemeinden des Bezirks erstellten Pläne und getroffenen Massnahmen informiert.

³ Tritt ein auf seinen Bezirk beschränktes Ereignis ein, insbesondere ein Grossunfall oder ein anderes grösseres Schadenereignis, so arbeitet er mit dem kantonalen Führungsorgan zusammen und ordnet die Massnahmen an, für die er zuständig ist.

⁴ Er sorgt dafür, dass die Gemeinden ihre Aufgaben ordnungsgemäss erfüllen.

2. Kommunale Organisation

Art. 17 Im Allgemeinen

¹ Die Gemeinden stellen die Organisation sicher, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich des Bevölkerungsschutzes nötig ist.

² Zur Erfüllung dieser Aufgaben können sie in den von der Gemeindegesetzgebung vorgesehenen Formen zusammenarbeiten.

³ Ist die Zusammenarbeit als Gemeindeübereinkunft ausgestaltet, so werden die Befugnisse des Gemeinderats von einem interkommunalen Rat ausgeübt, der sich aus Mitgliedern der Gemeinderäte jeder Gemeinde zusammensetzt.

Art. 18 Kommunales Führungsorgan

a) Aufgaben

¹ Die Gemeinde setzt ein Führungsorgan ein, das unter der Aufsicht des Gemeinderats folgende Aufgaben wahrnimmt:

- a) Es stellt die Vorsorge sicher, insbesondere indem es den Einsatz plant, der Gemeindebehörde den Erlass der nötigen Massnahmen beantragt und die Ausbildung organisiert.
- b) Es führt den Einsatz, insbesondere indem es diesen koordiniert und die Verbindung mit den Partnerorganisationen sicherstellt.

² Zudem kann das kommunale Führungsorgan beauftragt werden, an der Risikoanalyse und an der Erfüllung von Vorsorgeaufgaben mitzuwirken.

³ Das kommunale Führungsorgan arbeitet mit dem kantonalen Führungsorgan zusammen; es erhält von diesem Richtlinien und Weisungen.

Art. 19 b) Zusammensetzung

¹ Der Gemeinderat ernennt die Chefin oder den Chef und die Mitglieder des Führungsorgans.

² Die Chefin oder der Chef des Führungsorgans wird auf Grund ihrer oder seiner Fähigkeiten und Verfügbarkeit ausgewählt. Sie oder er darf keine andere Funktion ausüben, die einen Einsatz bei einem Ereignis erfordert.

³ Die Mitglieder des Führungsorgans vertreten die Dienststellen und Organisationen, die auf lokaler Ebene Aufgaben des Bevölkerungsschutzes wahrnehmen, insbesondere die technischen Betriebe, die Feuerwehr und das lokale Zivilschutzkorps.

⁴ Die Chefin oder der Chef und die Mitglieder des Führungsorgans bilden sich zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben aus. Sie besuchen die zu diesem Zweck durchgeführten Kurse.

Art. 20 Interkommunale Organisation

Arbeiten Gemeinden zusammen, so setzen sie ein gemeinsames Führungsorgan ein, das seine Aufgaben unter der Aufsicht des interkommunalen Rats ausübt. Falls die Gemeinden einen Gemeindeverband gebildet haben, übt das Führungsorgan seine Aufgaben unter der Aufsicht des Vorstandes aus.

4. KAPITEL

Schlussbestimmungen

Art. 21 Übergangsbestimmung

¹ Die Gemeinden schaffen innert zwei Jahren ab dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die darin vorgesehene Organisation.

² Gemeinden, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes zur Erfüllung der Zivilschutzaufgaben zusammenarbeiten, können ihre Zusammenarbeit im Rahmen derselben Gemeindeübereinkunft oder desselben Gemeindeverbandes auf die Erfüllung der Bevölkerungsschutzaufgaben ausdehnen. Gegebenenfalls passen sie innerhalb von zwei Jahren ihre Vereinbarung oder die Statuten ihres Verbandes an.

Art. 22 Aufhebung bisherigen Rechts

Der Beschluss vom 31. Oktober 1988 über die Organisation für den Katastrophenfall (ORKAF) (SGF 50.31) wird aufgehoben.

Art. 23 Änderung bisherigen Rechts

a) Kulturgüterschutz

Das Gesetz vom 7. November 1991 über den Schutz der Kulturgüter (SGF 482.1) wird wie folgt geändert:

Art. 33 Bst. f, 2. Satz

[Der Staat nimmt folgende Aufgaben wahr:]

- f) (...); er erfüllt diese Aufgabe [*die Organisation des Schutzes der Kulturgüter*] in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den für den Bevölkerungsschutz zuständigen Organen;

Art. 24 b) Gesundheit

Das Gesundheitsgesetz vom 16. November 1999 (SGF 821.0.1) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 3 Bst. i (neu)

[Das Gesetz regelt namentlich:]

- i) die Massnahmen der Prävention, der Vorbereitung und des Einsatzes bei ausserordentlichen Lagen im Gesundheitsbereich, die insbesondere durch Katastrophen, Notlagen, Grossunfälle oder andere grössere Schadenfälle hervorgerufen werden.

Art. 17a (neu) Sanitätsdienstliches Führungsorgan

¹ Es wird ein Sanitätsdienstliches Führungsorgan (SFO) eingesetzt.

² Seine Aufgabe besteht darin, Massnahmen zur Prävention ausserordentlicher Lagen im Gesundheitsbereich zu ergreifen sowie die Vorbereitung auf solche Lagen und bei einem Ereignis den Einsatz zu leiten.

³ Es besteht aus der Kantonsärztin oder dem Kantonsarzt, die oder der den Vorsitz führt, der Koordinatorin oder dem Koordinator für ausserordentliche Lagen, aus Vertreterinnen und Vertretern der Institutionen des Gesundheitswesens und der Gesundheitsfachpersonen sowie aus weiteren ständigen und nichtständigen Mitgliedern; es kann Sachverständige beiziehen.

⁴ Es arbeitet mit dem kantonalen Führungsorgan im Bereich des Bevölkerungsschutzes zusammen, dem es Vorschläge unterbreitet und von dem es Richtlinien und Weisungen erhält. Es arbeitet auch mit den sanitätsdienstlichen Führungsorganen anderer Kantone und des Bundes zusammen.

⁵ Seine Zuständigkeiten, seine Zusammensetzung und seine Organisation werden vom Staatsrat im Einzelnen festgesetzt.

Art. 96

Aufgehoben

Art. 105 Abs. 4

Aufgehoben

Einführung eines neuen Kapitels (nach Artikel 123)

KAPITEL 8a

Massnahmen bei ausserordentlichen Lagen im Gesundheitsbereich

Art. 123a (neu) Mitwirkung der Gesundheitsdienste
a) Grundsatz

Als Gesundheitsdienste im Sinne der Gesetzgebung über den Bevölkerungsschutz wirken die öffentlichen und privaten Institutionen des Gesundheitswesens sowie die Gesundheitsfachpersonen mit an der Prävention, der Vorbereitung und dem Einsatz bei ausserordentlichen Lagen im Gesundheitsbereich.

Art. 123b (neu) b) Prävention und Vorbereitung

¹ Die Institutionen des Gesundheitswesens bereiten sich auf die Bewältigung ausserordentlicher Lagen im Gesundheitsbereich vor. Sie können verpflichtet werden, an Massnahmen der Prävention und Vorbereitung, die vom SFO beschlossen werden, mitzuwirken.

² Auch jede Gesundheitsfachperson kann verpflichtet werden, an Präventions- und Vorbereitungsmassnahmen, die vom SFO beschlossen werden, mitzuwirken.

Art. 123c (neu) c) Einsatz

¹ Das SFO kann die Institutionen des Gesundheitswesens verpflichten, am Einsatz bei ausserordentlichen Lagen im Gesundheitsbereich mitzuwirken. Es kann namentlich über die Zuteilung von Patientinnen und Patienten an die Institutionen des Gesundheitswesens entscheiden.

² Das SFO kann jede Gesundheitsfachperson verpflichten, an ihrem Arbeitsort oder an einem anderen ihr zugewiesenen Ort am Einsatz mitzuwirken.

Art. 123d (neu) Zwangsmassnahmen

Das SFO beantragt dem Staatsrat die geeigneten Zwangsmassnahmen, die bei ausserordentlichen Lagen im Gesundheitsbereich ergriffen werden müssen.

Art. 25 c) Freiburger Spitalnetz

Das Gesetz vom 27. Juni 2006 über das Freiburger Spitalnetz (FSNG) (SGF 822.0.1) wird wie folgt geändert:

Art. 5 Abs. 1 Bst. g (neu)

[Das FSN erteilt Leistungen auf den folgenden Gebieten:]

- g) Pflege bei ausserordentlichen Lagen im Gesundheitsbereich; zu diesem Zweck bereitet sich das FSN auf die Bewältigung solcher Lagen vor, und es wirkt mit an den Präventions- und Vorbereitungs-massnahmen, die vom SFO beschlossen werden.

Art. 26 d) Pflege im Bereich psychische Gesundheit

Das Gesetz vom 5. Oktober 2006 über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit (PGG) (ASF 2006_116) wird wie folgt geändert:

Art. 7 Abs. 1 Bst. j (neu)

[Das FPN erteilt namentlich Leistungen auf den folgenden Gebieten:]

- j) Pflege bei ausserordentlichen Lagen im Gesundheitsbereich; zu diesem Zweck bereitet das FPN sich auf die Bewältigung solcher Lagen vor, und es wirkt mit an den Präventions- und Vorbereitungs-massnahmen, die vom SFO beschlossen werden.

Art. 27 Referendum und Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem Gesetzesreferendum. Es untersteht nicht dem Finanzreferendum.

² Es tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Der Präsident:

J. MORAND

Die Generalsekretärin:

M. ENGHEBEN